

XXVII. Jahrestreffen der lateinamerikanischen Verfassungsgerichte und Verfassungskammern

Concept Note

Panel # 4

Rechtsprechung der Verfassungsgerichte und Kammern der Region zu politischen Rechten und Garantien für die Bürgerbeteiligung

Freitag, 23. September 2022
15:20 Uhr bis 17:05 Uhr (chilenische Zeit)

In den letzten vier Jahren hat sich in Lateinamerika ein politischer Wandel vollzogen, der durch den Regierungswechsel in verschiedenen Ländern der Region gekennzeichnet ist. Dieser Übergang von Regierungen mit rechten politischen und ideologischen Strömungen zu politischen Systemen mit einer progressiven linken Tendenz, die sich in der vorangegangenen Periode in die entgegengesetzte Richtung bewegten, hat zu einer Krise der politischen Repräsentativität und Stabilität der demokratischen Systeme Lateinamerikas geführt¹.

Dieser Übergang ist auch durch den Ausbruch sozialer Proteste² gekennzeichnet, die durch die Entstehung neuer politischer Manifestationen von Bewegungen, Kollektiven und politischen Ursachen motiviert sind, die eine Lösung für unbefriedigte Bedürfnisse seitens des Staates fordern und zu diesem Zweck die Anerkennung und institutionelle Vertretung innerhalb der rechtlichen und politischen Ordnung der Länder, aus denen sie stammen, anstreben. In diesem Zusammenhang taucht der Populismus in der Region als politische Alternative wieder auf, die versucht, die historisch vernachlässigten Forderungen der Bevölkerung zu kanalisieren und mit der alten Art, Politik zu machen, zu brechen. Neue Gruppen und Einzelpersonen übernehmen im Namen des Volkes Positionen der Volksvertretung und beginnen mit der Umsetzung kurzfristiger Reformen, die

¹ BANCHÓN, Mina. "Demokratie in Lateinamerika: Warum vertreten sie uns nicht? Deutsche Welle (DW), 7. Januar 2021. Online-Artikel. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/es/democracia-en-am%C3%A9rica-latina-por-qu%C3%A9-no-nos-representan/a-57834431> [Zugriff am 6. April 2022].

² MURILLO, María Victoria. "Proteste, Unzufriedenheit und Demokratie in Lateinamerika". Revista Nueva Sociedad 294, Juli - August 2021, ISSN: 0251-3552. Artikel online verfügbar unter: <https://nuso.org/articulo/protestas-descontento-y-democracia-en-america-latina/> [Zugriff am 6. April 2022].

wieder verschwinden, sobald sie an der Wahlurne nicht mehr bevorzugt werden³. Angesichts dieses Szenarios schwappt die Unzufriedenheit über neue, unerfüllte Versprechen bald wieder auf die Straße.

Die Interamerikanische Demokratiecharta, die 2001 von den Vertragsstaaten der Organisation Amerikanischer Staaten unterzeichnet wurde, sieht in Artikel 3 vor, dass der Zugang zur und die Ausübung der Macht, die Abhaltung von Wahlen unter freien und gerechten Bedingungen und das pluralistische System der politischen Parteien und Organisationen wesentliche Elemente der repräsentativen Demokratie sind. Auch in der Amerikanischen Menschenrechtskonvention ist der Schutz der politischen Rechte in Artikel 23 verankert, und der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR), das höchste regionale Gericht auf diesem Gebiet und Ausleger dieses internationalen Vertrags, hat in seiner Rechtsprechung wiederholt festgestellt, dass die wirksame Ausübung dieser Rechte sowohl ein Ziel als auch ein grundlegendes Mittel zur Gewährleistung der anderen in der Amerikanischen Konvention vorgesehenen Menschenrechte darstellt⁴.

Das Vorherrschen dieser Rechte in der demokratischen Ordnung der lateinamerikanischen Länder ist durch diesen neuen Kontext des politischen Übergangs komplexer geworden. Die nationalen und lokalen Behörden, einschließlich der Richter und Richterinnen in den Verfassungsgerichten und Kammern der Region, stehen vor neuen Herausforderungen, wenn es darum geht, die politischen Rechte der Bürger und Bürgerinnen zu gewährleisten und die traditionellen Formen der Ausübung dieser Rechte, die in der Verfassung, im Gesetz und in internationalen Verträgen verankert sind, auszuliegen.

Eine der aktuellen Herausforderungen in diesem Bereich ist, wie bereits erwähnt, die Gewährleistung der politischen Vertretung und ihre bevorstehende Ausweitung durch die Gründung neuer politischer Parteien und Bewegungen, was die Wahlbehörden der Staaten dazu veranlasst hat, die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit als legitime Form der Ausübung einer solchen Vertretung auszuweiten. Die Justizbehörden sind nun sogar aufgefordert, das Recht dieser Kollektive auf Vertretung zu schützen, und zwar angesichts von Beschränkungen,

³ HERNÁNDEZ, Ivo und HURTADO, Héctor. "El populismo. Una aproximación al problema de las democracias de todos los tiempos". Cuadernos de Ciencias Sociales 156, Erste Ausgabe, 2010, ISSN: 1409-3677. Lateinamerikanische Fakultät für Sozialwissenschaften (FLACSO). San José, Costa Rica.

⁴ IACHR GERICHTSHOF. Rechtssache Petro Urrego gegen Kolumbien. Vorläufige Beschwerdepunkte, Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten. Urteil vom 8. Juli 2020. Serie C Nr. 40, Rdnr. 93; siehe auch: Fall Escaleras Mejía et al. gegen Honduras. Urteil vom 26. September 2018. Serie C Nr. 361, Rdnr. 74; Fall López Lone et al. gegen Honduras. Vorläufiger Einspruch, Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten. Urteil vom 5. Oktober 2015. Serie C Nr. 302, Abs. 162 und 163; Fall Castañeda Gutman gegen Mexiko. Vorläufige Beschwerdepunkte, Begründetheit, Wiedergutmachung und Kosten. Urteil vom 6. August 2008. Serie C Nr. 184, Abs. 143.

die als unrechtmäßig angesehen werden und gegen die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen verstoßen und die in einigen Fällen von anderen politischen Kollektiven der Opposition oder von der Regierung selbst ausgehen.

Die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen und ihre Manifestation durch sozialen Protest ist ebenfalls eine Herausforderung, die in diesem neuen lateinamerikanischen Kontext zu berücksichtigen ist. Sozialer Protest wird als Mittel und Instrument zur Förderung der Partizipation in der zeitgenössischen Demokratie verstanden⁵, ein Aspekt, der von internationalen Gremien, die die Staaten aufgefordert haben, das Recht auf Protest und die anderen damit verbundenen Rechte zu schützen, weitgehend bekräftigt wurde⁶. Dieser Ansatz setzt voraus, dass die Grenzen zwischen der legitimen Ausübung von Protesten und der Anwendung von Gewalt verstanden werden, bei welchen die nationalen Gerichte nun aufgefordert sind, unter strikter Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung und des Schutzes der für die gesamte Gesellschaft anerkannten politischen Rechte zu handeln.

Dieses Panel wird einen regionalen Dialog zwischen Richtern und Richterinnen lateinamerikanischer Verfassungsgerichte und Kammern über ihre jeweilige Rechtsprechung zu politischen Rechten und Garantien für die Bürgerbeteiligung fördern, um den Austausch von Perspektiven zur Auslegung dieser Rechte und die Entwicklung neuer Standards für ihren Schutz zu unterstützen.

Zu diesem Zweck werden Mitglieder der Verfassungsgerichtsbarkeit in Lateinamerika eingeladen, ihre Erfahrungen mit den Herausforderungen, denen sie sich im Kontext des politischen Übergangs gegenüber sahen, und ihre Überlegungen zur Entstehung neuer Formen der Vertretung politischer Rechte und der Bürgerbeteiligung, die in diesem Kontext als ein Recht an sich verstanden wird, sowie die Art und Weise, wie sie durch die Rechtsprechung rechtliche Standards festgelegt haben, um die Anerkennung dieser politischen Rechte zu bekräftigen, ohne die legitimen Interessen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu untergraben, zu teilen. Auf der Grundlage der obigen Ausführungen werden die folgenden Leitfragen formuliert:

1. Welche großen Fortschritte haben die Verfassungsgerichte und Kammern der Region bei der Anerkennung und dem Schutz der politischen Rechte und der

⁵ TOLEDO, Pablo und NOBLE, Ignacio. "Protesta Social: participación, tensiones y necesidad de un abordaje dialógico. Anuario de Derecho Constitucional Latinoamericano. Jahr XXVII, Bogotá, 2021, PP. 45-73, ISSN 2346-0849.

⁶ INTERAMERIKANISCHE KOMMISSION FÜR MENSCHENRECHTE. Büro des Sonderberichterstatters für das Recht auf freie Meinungsäußerung. "Protesta y Derechos Humanos: Estándares sobre los derechos involucrados en la protesta social y las obligaciones que deben guiar la respuesta estatal". September 2019. Verfügbar unter: <https://www.oas.org/es/cidh/expresion/publicaciones/ProtestayDerechosHumanos.pdf> [Zugriff am 8. April 2022].

Bürgerbeteiligung gemacht? Wie stehen diese Rechte im Einklang mit den Grundprinzipien eines demokratischen Systems?

2. Welche Rolle hat die interamerikanische Rechtsprechung bei der Anerkennung neuer Standards für den Schutz politischer Rechte oder von Personen, die mit deren Ausübung in Verbindung stehen, wie z.B. sozialer Protest, Wiederwahl des Präsidenten und Amtsenthebungsverfahren, gespielt?
3. Welches waren die wichtigsten Fälle, die von den Verfassungsgerichten und Kammern der Region im Zusammenhang mit der Gewährleistung der politischen Rechte und der Bürgerbeteiligung verhandelt wurden? Wurden Situationen anerkannt, in denen die Einschränkung dieser Rechte als legitim angesehen wurde, und welche Kriterien wurden bei dieser Art von Entscheidung berücksichtigt?
4. Welche Rolle sollten die staatlichen Institutionen angesichts der neuen Szenarien des politischen Übergangs in der Region spielen, um die Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung zu gewährleisten? Welche Rolle spielen auch die politischen Parteien und die Zivilgesellschaft insgesamt in einem neuen Szenario des politischen Übergangs?

METHODOLOGISCHE KRITERIEN

Die geschlossenen Podiumsdiskussionen zielen darauf ab, die wichtigsten Aspekte und Diskussionen zu jedem der zu behandelnden Themen anzusprechen und einen kritischen Raum für Diskussionen sowie einen konstruktiven Gedankenaustausch zu schaffen. Die Podiumsdiskussionen beginnen mit einer kurzen Einführung durch den oder die Moderierende, gefolgt von Präsentationen von drei bis fünf Verfassungsrichtern und Richterinnen (jeweils 10 Minuten) und einer anschließenden Diskussion (kurze Wortmeldungen) mit allen Teilnehmenden.